

Zeitschrift: Bulletin / Vereinigung der Schweizerischen Hochschuldozierenden =
Association Suisse des Enseignant-e-s d'Université

Herausgeber: Vereinigung der Schweizerischen Hochschuldozierenden

Band: 43 (2017)

Artikel: Politische Bildung : der Schlüssel zu politischer Partizipation?

Autor: Bundi, Flavio

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-893688>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Politische Bildung – der Schlüssel zu mehr politischer Partizipation?

Flavio Bundi*

Sind junge Erwachsene tatsächlich so politisch desinteressiert, wie dies häufig kolportiert wird? Und kann (mehr) politische Bildung der Schlüssel zu mehr politischer Partizipation sein? So einfach diese zwei Einstiegsfragen tönen, so schwierig sind sie zu beantworten. Betrachtet man die Zahlen, zeigt sich ein klares Bild: Von den 600'000 jungen Schweizerinnen und Schweizern, die gemäss Bundesamt für Statistik (BFS) im Jahr 2015 zwischen 18 und 25 Jahre alt waren, hätten etwa 30 Prozent oder 180'000 voraussichtlich ohne zusätzliche Massnahmen an den eidgenössischen Wahlen 2015 teilgenommen. Wie aber können die restlichen 70 Prozent der jungen Erwachsenen überzeugt und motiviert werden, ihrer Bürgerpflicht nachzukommen? Die Argumente gegen eine Teilnahme an Wahlen und Abstimmungen sind vielfältig: Die Sprache der Politikerinnen und Politiker ist zu kompliziert, die Abstimmungen lösen Probleme nicht, Zeit ist Mangelware, die Politik und die Politiker versagen, die Umsetzung der Volksentscheide entspricht nicht dem Volkswillen, oder Politik interessiert schlichtweg nicht. Genau hier setzt der Dachverband Schweizer Jugendparlamente (DSJ) mit seinem Programm *easyvote* an: Auf dem Weg zu mehr Partizipation junger Erwachsener geht es stets darum, Interesse zu steigern und Überforderung abzubauen.

Im März 2017 erscheint zum ersten Mal der *easyvote*-Politikmonitor – eine quantifizierte Evaluation der Kampagnentätigkeit von *easyvote* seit 2014. Die Grundlage der Auswertung bildet eine Befragung von 1'477 Schülerinnen und Schülern aus 25 verschiedenen Schulen im Oktober und November 2016. Sämtliche Sprachregionen der Schweiz wurden dabei berücksichtigt. Die Umfragereihe zu Themen der politischen Partizipation und der politischen Bildung führt das gfs.bern künftig jährlich im Auftrag

des DSJ durch. Im Vordergrund stehen dabei Fragen zum Stimm- und Wahlverhalten von jungen Erwachsenen sowie zu den Angeboten von *easyvote*.

Anhand dieser aktuellen Ergebnisse wird im vorliegenden Artikel das Programm *easyvote* samt seinen Massnahmen vorgestellt. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf dem neuen Projekt *easyvote-school*, welches im Frühjahr 2017 lanciert wird und mit welchem der politischen Bildung in den Schulen mehr Gewicht beigemessen werden soll.

1. Klare Vision

Die Vision ist klar: Die Wahl- und Stimmbeteiligung der 18- bis 25-Jährigen beträgt langfristig 40 Prozent. Doch wie soll dies erreicht werden?

easyvote setzt auf den Abbau von Überforderung und die Förderung des Interesses junger Erwachsenen an der Politik – einerseits durch einfach verständliche und ausgewogene Abstimmungs- und Wahlinformationen, andererseits durch die Begünstigung von Gesprächen im sozialen Umfeld. So werden die *easyvote*-Abstimmungsbroschüren schweizweit dank der Unterstützung von über 355 Gemeinden bereits an knapp 100'000 junge Erwachsene verschickt. Darin werden sämtliche nationale und gewisse kantonale Abstimmungsvorlagen einfach verständlich und unparteiisch dargelegt. *easyvote* holt die Zielgruppe auch dort ab, wo sie sich am meisten aufhält, nämlich im Web. Mit selbst produzierten Informationsclips, Informationsgrafiken und Hintergrundtexten zu Wahlen, Abstimmungen und aktuellen politischen Themen wird versucht, adressatengerecht das Interesse und die Faszination für die Politik zu steigern. Hierzu ist *easyvote* auf der eigenen Website, aber auch auf den wichtigen sozialen Kanälen wie Facebook, Instagram, Twitter und YouTube vertreten.

Abbau von Überforderung und Förderung des politischen Interesses wird aber vor allem über politische Bildung erreicht. 2016 wurde daher mit dem neuen Projekt *easyvote-school* ein Angebot geschaffen, dank welchem Lehrpersonen der Sekundarstufe II aktuelle politische Themen im Unterricht behandeln können.

2. Klare Zielgruppe

Während bei den 60- bis 69-Jährigen die Teilnahme rund 58 Prozent betrug, nahmen von den 18- bis 25-Jährigen nur 28 Prozent an den eidgenössischen

* Dachverband Schweizer Jugendparlamente (DSJ),
Seilerstrasse 9, 3011 Bern.

E-mail: flavio.bundi@dsj.ch
www.easyvote.ch
www.dsj.ch



Flavio Bundi, BA Germanistik und Sozialwissenschaften,
Universität Bern, Masterstudium Germanistik und Politik-
wissenschaften, Universität Bern.
Bereichsleiter *easyvote*, stv. Geschäftsleiter Dachverband
Schweizer Jugendparlamente (DSJ).

Abstimmungen im Juni 2016 teil.¹ Bei der Wahlbeteiligung zeigt sich ein ähnliches Bild: Die Wahlbeteiligung der 18- bis 25-Jährigen hatte seit 1995 auf tiefem Niveau stetig zugenommen. Bei den Wahlen 2011 ging die Wahlbeteiligung der jungen Schweizerinnen und Schweizer jedoch hinter den Stand vom Jahr 2003 zurück und blieb auch 2015 auf verhältnismässig tiefem Niveau. Die Wahlbeteiligung nimmt insgesamt weiterhin zu, die Schere zwischen der Wahlbeteiligung der Jugendlichen und jener der Erwachsenen ist jedoch stark auseinander gegangen.²

Die Sozialisation im Bereich der politischen Partizipation bei den Jugendlichen erfolgt zum grössten Teil zwischen 18 und 25 Jahren. Wer in dieser Zeit bereits einige Male an Abstimmungen und Wahlen teilnimmt, wird höchstwahrscheinlich auch im späteren Leben immer wieder an die Urne gehen. Wer jedoch bis zum 25. Altersjahr nie an der Urne war, wird es später sehr wahrscheinlich auch nicht tun. Aufgrund einer Zielgruppen-Analyse (in Zusammenarbeit mit dem gfs.bern 2014 erstellt) ergaben sich für *easyvote* innerhalb der gesamten Gruppe der 18- bis 25-Jährigen folgende drei Unter-Zielgruppen, die durch verschiedene Massnahmen anlässlich der eidgenössischen Wahlen 2015 mobilisiert wurden: Die *Engagierten*, die *Gelegenheitsstimmer und -wähler* sowie die *Internetaffinen*. Während Erstere ganz sicher an Wahlen teilnehmen und ein überdurchschnittliches Interesse an Politik aufweisen, interessieren sich Gelegenheitsstimmer und -wähler generell für das Weltgeschehen und auch für konkrete Abstimmungsthemen, die den eigenen Alltag berühren. Die Internetaffinen möchten sich auch im politischen Bereich primär über das Internet informieren und sich via Onlinekanäle am politischen Leben beteiligen. Die Ergebnisse aus dem aktuellen *easyvote*-Politikmonitor³ zeigen sehr ähnliche Partizipationstypen wie jene von 2014. Die direkte Vergleichbarkeit ist allerdings nicht ganz gegeben, da 2014 der Fokus vor allem auf den Wahlen und nicht wie 2017 auf den Abstimmungen lag. Dennoch zeigt sich, dass etwa die Gruppe der Engagierten in beiden Jahren genau gleich gross ist. Junge Erwachsene, die hier dazugehören sind im Allgemeinen sehr politisch, beteiligen sich an konventionellen politischen Tätigkeiten wie Abstimmungen oder Wahlen und diskutieren gerne mit Freunden über politische Inhalte. Gleichzeitig sind sie auch daran interessiert, in Interessengruppen

mitzumachen oder gar ein politisches Amt zu bekleiden. Ein Viertel der befragten Jugendlichen gehört zu den konventionell Partizipierenden, die ab und zu ein Referendum oder eine Petition unterschreiben, gelegentlich an Wahlen und Abstimmungen teilnehmen und mit ihren Freunden oder Verwandten diskutieren. Schliesslich können die Aktivitäten von rund zwölf Prozent der Jugendlichen am besten dem digitalen Aktivismus zugeordnet werden. Diese Jugendlichen nehmen zwar ihr Stimm- und Wahlrecht wahr, wie dies auch bei konventionell Partizipierenden der Fall ist, ihr Schwerpunkt liegt aber klar auf der Partizipation via Internet. Sie sind lieber online politisch aktiv als auf der Strasse. Sie diskutieren mehr als andere Gruppen via *Social Media* und nehmen dort auch mehr an Aktionen teil. Diskussionen rund um die Politik finden bei diesen Jugendlichen vor allem über WhatsApp, Facebook oder etwa Twitter statt.

Als weitere Partizipationstypen wurden die sogenannten *analogen Aussenseiterinnen und Aussenseiter* sowie die *Apolitischen* definiert. Während erstere überdurchschnittlich oft dazu bereit sind, an Demonstrationen teilzunehmen und so ihre politischen Interessen zu manifestieren, wollen sich die Apolitischen überhaupt nicht am politischen Prozess beteiligen.

Um das Ziel zu erreichen, dass 40 Prozent der jungen Erwachsenen zwischen 18 und 25 Jahren an Wahlen und Abstimmungen teilnehmen, konzentriert sich *easyvote* auf einzelne Partizipationstypen. Während die Engagierten als Multiplikatoren gewonnen und als sogenannte Botschafter und Ehrenamtliche eingesetzt werden können, liegt der Fokus für die Zielgruppe von *easyvote* vor allem auf den konventionell Partizipierenden und den jungen Erwachsenen, deren Aktivitäten als *digitaler Aktivismus* beschrieben werden können. Diese Gruppen können noch vermehrt dazu motiviert werden, regelmässig abstimmen und wählen zu gehen. Während *easyvote* für die Kampagnentätigkeiten gewisse Zielgruppen fokussieren muss, können über die Schulen neu sämtliche Partizipationstypen angesprochen werden. Dies ist ein wichtiger Grund, weshalb mit *easyvote-school* ein schulisches Projekt lanciert wird, welches die politische Bildung an Berufsschulen und Gymnasien fördern soll.

3. Politische Bildung an den Schulen ist Trumpf

Die politische Bildung wird von verschiedenen Akteuren als wichtig empfunden. Dies zeigen nicht zuletzt auch verschiedene politische Vorstösse auf kantonaler und nationaler Ebene, welche in diese Richtung zielen. Nebst dem Elternhaus ist die Schule gemäss *easyvote*-Politikmonitor der ideale Ort, um das politische Interesse und somit gesellschaftsrelevante Kompetenzen zu steigern – so Analyse und

¹ Céline Colombo et al., VOX 121. Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 5. Juni 2016 vom Forschungsinstitut gfs.bern und der Universität Zürich, Bern/Zürich 2016, S. 4.

² Georg Lutz, Eidgenössische Wahlen 2015. Wahlteilnahme und Wahlentscheid. Selects – FORS, Lausanne 2016, S. 5.

³ gfs.bern (2017): Aktualität, Betroffenheit und Emotionalität: was junge Erwachsene zur politischen Teilnahme bewegt. *easyvote*-Politikmonitor, Bern.

Wiedergabe, Kommunikation und Interaktion sowie Reflektieren, Urteilen und Beurteilen in einem politischen Kontext. Lehrpersonen bilden nach den Eltern die wichtigsten Personen, dank welchen junge Erwachsene für politische Aktivitäten motiviert werden können. Doch gerade sie scheuen sich oft vor der Herausforderung, aktuelle politische Themen im Unterricht zu behandeln. Dies ist umso bedauerlicher, zeigen die Ergebnisse des *easyvote*-Politikmonitors doch ein klares Bekenntnis seitens der Schülerinnen und Schüler zu einer stärkeren Gewichtung der politischen Bildung in der Schule.

Junge Erwachsene wünschen sich vor allem eine inhaltliche Auseinandersetzung mit aktuellen Themen. Diskussionen über die Ausländer- und Asylpolitik der Schweiz etwa werden als wichtigstes Thema angegeben. Dies entspricht auch den Auswertungen des Sorgen- und Jugendbarometers der Credit Suisse⁴, welche die Asyl- und Ausländerfrage für Jugendliche zu den fünf grössten Problemen im Land zählt. Ein weiteres wichtiges Anliegen der Schülerinnen und Schüler an ihren Unterricht ist die generelle Auseinandersetzung mit dem politischen System der Schweiz.

Wie kann das Interesse für Politik bei Schülerinnen und Schüler gefördert werden? Und verhilft ein schulisches Angebot zur politischen Bildung überhaupt dazu, dass Schülerinnen und Schüler später auch vermehrt an Abstimmungen und Wahlen teilnehmen? Um ein wirkungsvolles Angebot für die Schule zu schaffen, werden bei *easyvote* sowohl die wissenschaftlichen Grundlagen bezüglich der Mobilisierung von jungen Erwachsenen berücksichtigt, als auch die didaktischen Grundlagen zur politischen Bildung miteinbezogen. Das persönliche Gespräch wurde gemäss verschiedenen Studien als wichtigstes Instrument zur Förderung des politischen Interesses erkannt. Im Lehrplan 21 findet die politische Bildung zwar als Unterrichtsgegenstand Erwähnung, ist jedoch nach wie vor kein eigenes Fach. Eine langfristige, stufenübergreifende politische Bildung wäre sehr zu begrüssen.

Aufgrund von Vision und Zielgruppe fokussieren die Angebote von *easyvote* auf Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe II.⁵ Die politische Bildung auf dieser Stufe ist uneinheitlich geregelt: Sowohl in Bezug auf den Schultyp als auch auf die (Sprach-)Regionen existieren Unterschiede. Zwar ist die politische Bildung (wenn auch mit grossen Differenzen bezüglich deren Umsetzung) im Rahmenlehrplan für die Maturitätsschulen und in jenem für den allgemeinbil-

denden Unterricht für die Berufsschulen verankert⁶, insbesondere auf der Gymnasialstufe zeigen sich jedoch aufgrund des Schweizer Bildungsföderalismus kantonale Divergenzen in den Lehrplänen. Ein Expertenbericht zur politischen Bildung konstatiert, dass es eine hohe Korrelation zwischen der Verankerung der politischen Bildung in den Lehrplänen und der Wirkung dieser Lehrpläne gebe.⁷ Wiesen die Lehrpläne im Bereich der politischen Bildung eine thematische Vielfalt auf, so behandelten die Lehrpersonen laut eigenen Angaben auch mehr politikrelevante Themen.⁸ Dabei werde die Vermittlung von Kenntnissen und Fertigkeiten weit stärker berücksichtigt als der Bereich «Interesse wecken»⁹. Doch gerade letzterer sei besonders wichtig für die politische Bildung. Die Förderung des politischen Interesses, so der Bericht, wirke sich positiv auf die Bereitschaft aus, sich politisch zu engagieren. Zudem beeinflusse das erhöhte Interesse das politische Wissen positiv.¹⁰ Intern durchgeführte Workshops zeigen, dass Lehrpersonen in Zusammenhang mit der politischen Bildung oft die Forderung nach ausgewogenen Informationen stellen. Zudem ist klar, dass bei Lehrpersonen nicht von einer homogenen, an Politik interessierten Gruppe ausgegangen werden kann. Wie bei den jungen Erwachsenen können auch Lehrpersonen politisch engagiert bis apolitisch sein. Da die Stimm- und Wahlbeteiligung in der Regel mit dem Alter zunimmt, ist jedoch anzunehmen, dass Lehrpersonen prozentual weit häufiger abstimmen respektive wählen gehen als ihre Schülerinnen und Schüler. Dennoch wurde bei der Ausarbeitung des schulischen Angebotes von *easyvote* die Tatsache im Auge behalten, dass es nebst engagierten Lehrpersonen, die viel Vorbereitungs- sowie Unterrichtszeit in die politische Bildung investieren wollen, auch Lehrerinnen und Lehrer gibt, welche eher Angebote nutzen, die auf kurze Unterrichtssequenzen mit wenig Vorbereitungsaufwand ausgelegt sind. Nebst kantonalen Unterschieden gilt es zudem zu beachten, dass unterschiedliche Rahmenbedingungen bei Gymnasien und Berufsschulen vorherrschen. Differenzen sowohl bezüglich des Zeitplans als auch des Anspruchsniveaus müssen bei der Ausarbeitung der Unterrichtsangebote berücksichtigt werden.

⁶ Carsten Quesel, Dominik Allenspach, Rahmenkonzept zur politischen Bildung in der Volksschule. Erarbeitet zuhanden des Departements für Bildung und Kultur des Kantons Solothurn, Solothurn 2007, 16.

⁷ Stadelmann-Steffen, Koller, Daniela und Sulzer, Linda: Politische Bildung auf Sekundarstufe II. Eine Bilanz. Expertenbericht im Auftrag des Staatssekretariats für Bildung, Forschung und Innovation SBFI, nachfolgend Bericht SBFI, S. iv.

⁸ Bericht SBFI, S. 53.

⁹ Bericht SBFI, S. 32.

¹⁰ Bericht SBFI, S. 75.

⁴ Vgl. Credit Suisse Sorgenbarometer (2016): gfs.bern. Online: [<http://www.gfs-bern.ch/de-ch/Detail/credit-suisse-sorgenbarometer-2016>].

⁵ Auf der Sekundarstufe I ist der Dachverband Schweizer Jugendparlamente (DSJ) mit seinem Projekt *engage.ch* tätig.

4. Prinzipien politischer Bildung

Politische Bildung zu definieren, ist schwierig. Es gibt verschiedene Ausrichtungen der politischen Bildung und verschiedene Schwerpunktsetzungen. Bedeutend für eine Definition ist der Beutelsbacher Konsens mit den drei didaktischen Prinzipien Überwältigungs- und Indoktrinationsverbot, Ausgewogenheit beziehungsweise Kontroversität sowie Schülerinnen- und Schülerorientierung als Grundvoraussetzung. So dürfen etwa Lehrpersonen die eigene Meinung den Schülerinnen und Schülern nicht aufzwingen. Diese sollen sich selber eine Meinung bilden können. Themen, die in der Öffentlichkeit kontrovers diskutiert werden, sollen auch im Unterricht kontrovers dargestellt und mit den Schülerinnen und Schülern diskutiert werden. Nebst diesen drei Grundvoraussetzungen zeigt sich jedoch, dass in der Praxis weitere Ausrichtungen vorliegen.

Für *easyvote-school* sind insbesondere die beiden ersten Punkte des Beutelsbacher Konsenses eine wichtige Grundlage und folgende Prinzipien stehen im Zentrum:

1. **Überwältigungs- und Indoktrinationsverbot:** Sowohl bei der Erstellung der Unterrichtsmaterialien als auch bei den bereitgestellten Konzeptionen wird die Forderung nach freier politischer Meinungsbildung der Schülerinnen und Schüler berücksichtigt.

2. **Ausgewogenheit:** Grundlage für die Unterrichtsmaterialien bilden die einfach verständlichen, neutralen Wahl- und Abstimmungsinformationen. Sie garantieren eine Berücksichtigung verschiedener politischer Standpunkte. Die Grundlagematerialien zielen stets darauf ab, die verschiedenen Positionen deutlich darzustellen. Für die Erstellung der *easyvote*-Broschüren etwa dient das offizielle Abstimmungsmaterial des Bundes und der Kantone als Grundlage. *easyvote* gibt folglich lediglich die offiziellen Abstimmungsmaterialien in vereinfachter und gekürzter Version wieder, so dass die Informationen von jungen Stimmberechtigten verstanden werden. Eine grosse Herausforderung ist es dabei, durch Vereinfachungen und Kürzungen nicht etwa Verkürzungen und unausgewogene Gewichtungen vorzunehmen – eine Gefahr, vor der übrigens auch die offiziellen Abstimmungsmaterialien nicht gefeit sind. Herausgeber der *easyvote*-Broschüren ist der DSJ, welcher gemäss statutarischem Zweck parteipolitisch und konfessionell neutral ist und dessen Partizipationsprojekt *easyvote* namentlich auf Basis des Kinder- und Jugendförderungsgesetzes durch das Bundesamt für Sozialversicherungen BSV unterstützt wird. Die Vorgaben der Wahl- und Abstimmungsfreiheit werden somit gewahrt (unverfälschte Meinungsbildung) und die Neutralität jederzeit gewährleistet.

3. **Kontroversität:** Die Kontroversität steht im Zusammenhang mit dem Überwältigungs- und Indoktrinationsverbot. Sie bildet jedoch den Kern des schulischen *easyvote*-Angebots. Das kontroverse Streitgespräch etwa steht im Mittelpunkt des Moduls «Interaktion» – entweder mittels Polittalks mit jungen Politikerinnen und Politikern oder mittels Polittalks mit den Schülerinnen und Schülern selbst im Rahmen des Unterrichts. Die Schülerinnen und Schüler befassen sich mit kontroversen Themen – seien dies aktuelle gesellschaftliche Themen oder Abstimmungsvorlagen – und müssen zu diesen argumentativ Stellung beziehen. Die Kontroversität ermöglicht auf Basis der neutralen *easyvote*-Unterrichtsmaterialien eine vertiefte Auseinandersetzung. Das kontroverse Gespräch zielt schliesslich darauf ab, das politische Interesse der jungen Erwachsenen zu fördern.

4. **Aktualität:** Jugendliche interessieren sich besonders stark für Themen, mit denen sie unmittelbar konfrontiert sind und die einen konkreten Bezug zu ihrem Alltag haben – insbesondere auch Abstimmungsvorlagen. Dadurch, dass *easyvote-school* ein webbasiertes Schulangebot darstellt, kann die Aktualität stets sichergestellt werden.

5. *easyvote-school*: Das neue Projekt

Im Vorfeld der nationalen Wahlen 2015 mobilisierte *easyvote* schweizweit junge Erwachsene mit gezielten Massnahmen zum Wählen. Die Auswertungen zeigten, dass dort, wo *easyvote* stark präsent war, die Wahlbeteiligung der jungen Erwachsenen erhöht werden konnte. Als besonders wirkungsvoll stellte sich dabei das Projekt «Polittalk» heraus: Um das politische Interesse zu wecken, wurden in der ganzen Schweiz 55 Polittalks mit jungen Nationalratskandidatinnen und -kandidaten an Schulen durchgeführt. Ohne grossen Aufwand konnten Lehrpersonen über eine Webplattform junge Politiker und Politikerinnen zu Diskussionsrunden einladen. Beim neuen Angebot *easyvote-school* bilden die Polittalks weiterhin einen wichtigen Bestandteil. Die Pilotphase hat jedoch gezeigt, dass es auf Sekundarstufe II eines umfassenderen Angebots bedarf. *easyvote-school* schafft hier nun ein Unterrichtsangebot zur politischen Bildung in drei Modulen, welche auf den drei Kompetenzbereichen «Analysieren und Wiedergeben», «Kommunizieren und Interagieren» sowie «Reflektieren, Urteilen und Beurteilen» aufbauen. Im ersten Modul «Information» geht es vor allem darum, das Interesse an Politik dank lebensnaher Auseinandersetzung mit aktuellen politischen Themen und Abstimmungsvorlagen zu stärken und zugleich das Wissen über politische Aktualitäten zu intensivieren. Lehrpersonen können hierzu via *easyvote*-Website Unterrichtsmaterialien (Clips, Grundlagentexte, Grafiken

usw.) herunterladen, welche thematisch in verschiedene Dossiers geordnet sind und den Lehrpersonen eine Vielfalt an Möglichkeiten zur Gestaltung des Unterrichts bieten. Mit interaktiven Debatten, den sogenannten Polittalks, soll im zweiten Modul «Interaktion» das Gespräch über politische Themen an Schulen und im Schulunterricht gefördert werden. Anhand solcher Diskussionen erleben Schülerinnen und Schüler Politik lebensnah und können in einer entsprechenden Debatte auf Gegenargumente mit weiteren Argumenten reagieren und diese begründen, auch wenn sie in der Minderheit sind. Hierzu können Lehrpersonen über eine Buchungsplattform Jungpolitikerinnen und Jungpolitiker zu einer Diskussionsrunde in ihre Schule einladen. Via *Live-Voting-Tool* ist es für die Schülerinnen und Schüler dann möglich, sich in die Debatte einzuschalten und über Themen auch direkt abzustimmen. Im dritten Modul «Reflexion» geht es darum, dass die Schülerinnen und Schüler mit einem erweiterten Online-Angebot die Informationsbeschaffung und die Meinungsbildung reflektieren und ihre politischen Ansichten in der Schweizer Politiklandschaft verorten. Dieses dritte Modul steht derzeit in Entwicklung.

Über die Stärkung dieser Basiskompetenzen, «analysieren und wiedergeben», «kommunizieren und interagieren» sowie «reflektieren, urteilen und beurteilen», gilt es, die Schülerinnen und Schüler zu mündigen Bürgerinnen und Bürgern auszubilden und zu gesellschaftlicher Partizipation zu befähigen. Die drei Module Information, Interaktion sowie Reflexion bauen aufeinander auf, können aber auch unabhängig voneinander genutzt werden.

6. Ausblick: Früher Zugang, Nutzen von Synergien und intensivierete Förderung

Mit Fachpersonen und Multiplikatoren wurde im Vorfeld der letzten eidgenössischen Wahlen 2015 in einem partizipativen Prozess eine praxisorientierte Campaigning-Analyse erarbeitet. Im Rahmen dieser Analyse zeigen die Autorinnen und Autoren Handlungsfelder und Massnahmen auf, wie Zivilgesellschaften (speziell Jugendorganisationen), Privatpersonen, die öffentliche Hand und engagierte Unternehmen aktiv werden können, um die Partizipation der Jugendlichen bei den Wahlen 2015 zu verbessern. Im Zentrum stand die Frage nach der Mobilisation junger Erwachsener. Eine Stakeholder-Analyse zeigte, dass nach dem Abschluss der Berufslehre oder der Matura junge Erwachsene zwischen 21 und 25 Jahren über institutionelle Stakeholder kaum mehr erreichbar sind. Die universitäre Ausbildung, der Berufseinstieg oder eine Zweitausbildung stehen bei dieser Altersgruppe im Fokus. Sowohl bei Universitäten und Arbeitgebern als auch bei Gewerkschaften existieren

zurzeit keine wirkungsvollen Kommunikationskanäle und Partnerschaften, um diese Zielgruppe abzudecken. Aus diesem Grund ist es besonders wichtig, Jugendliche bereits zwischen 16 und 20 Jahren über die Schulen abzuholen und so den Zugang zu ihnen auch im Hinblick auf einen späteren Zeitpunkt zu vereinfachen.

In der Schweizer Bildungslandschaft sind zahlreiche Akteure und Anbieter mit Fokus auf die politische Bildung tätig. Vielfältige Angebote stehen den Lehrpersonen zur Verfügung, die Orientierung dabei ist nicht einfach. Will eine Lehrperson ein konkretes Angebot zur politischen Bildung auf Sekundarstufe II finden, ist dies oft mit grossem Aufwand verbunden. Hier sollten verstärkt Synergien genutzt und Angebote gegenseitig beworben werden. Sodann gilt es, geeignete Tools für den Schulunterricht herzustellen. Diese sollten inhaltlich auf das Zielpublikum zugeschnitten und auch jugendgerecht aufbereitet sein. Des Weiteren ist darauf zu achten, dass die Lücke zwischen online und offline mit einem multimedialen Angebot möglichst geschlossen wird. Lehrpersonen sollten die Möglichkeiten des Internet nutzen und gezielt in ihren Lektionen einsetzen können. Dies setzt natürlich eine gewisse Auseinandersetzung mit dem vielseitigen Angebot im Netz voraus.

Sind nun junge Erwachsene tatsächlich so politisch desinteressiert, wie dies häufig vermutet wird? Die Einstiegsfrage kann mit einem deutlichen Nein beantwortet werden. Dass sich junge Erwachsene sehr wohl für Politik interessieren, zeigen schliesslich auch engagierte Jungpolitiker und Jugendparlamentarier sowie neue politische Think-tanks, die zurzeit entstehen. Politisches Interesse gleichzusetzen mit der effektiven Teilnahme an Abstimmungen und Wahlen, scheint zu kurz gegriffen. Junge Erwachsene kommen auf verschiedenen Wegen mit Politik in Berührung, sei dies im Elternhaus, in der Schule, im Gespräch mit Gleichaltrigen oder aber auch über die Medien. Will man nun, dass junge Erwachsene auch mehr an Wahlen und Abstimmungen partizipieren, bedarf es auch vermehrter politischer Bildung in der Schule. *easyvote* bietet mit dem Angebot *easyvote-school* eine konkrete Möglichkeit, sich mit der Vielfalt an politischen Themen auf einfach verständliche Art auseinanderzusetzen. Politische Bildung in der Schule darf nicht fern ab von den Interessen der jungen Erwachsenen gestaltet werden, sie muss auf die Aktualität Bezug nehmen, Betroffenheit schaffen und zum Nachdenken anregen. Das Interesse an Politik ist bei jungen Menschen vorhanden, und diese fordern auch mehr politische Bildung ein, dies zeigen die Ergebnisse des *easyvote*-Politikmonitors deutlich. Diese gilt es auch dementsprechend zu fördern. ■